

IfM-Hintergrundinformation

zu internationalen Good Practice-Beispielen für die Mittelstandspolitik

Aktuelle Herausforderungen wie beispielsweise die Digitalisierung stellen die Mittelstandspolitik vor die Aufgabe, mittelstandsspezifische Rahmenbedingungen in Politikfeldern zu schaffen, in denen sie nicht federführend ist. Zugleich darf die Mittelstandspolitik aber auch ihre Kernaufgabe – den Aufbau einer Kultur der Selbstständigkeit – nicht vernachlässigen. Wie die Mittelstandspolitik beide Herausforderungen meistern kann, lässt sich aus internationalen Good-Practice-Beispielen ableiten.

Kanada: Wirtschaftspolitik unterstützt Eigeninitiative der Unternehmer

Das Klima für Unternehmertum durch genuin unternehmerisches Denken und Handeln zu verbessern, haben kanadische Unternehmer mit begleitender Unterstützung durch die Wirtschaftspolitik angegangen. Kernelement der Initiative Startup Canada ist ein eng verbundenes Netzwerk von über 50 Startup Communities. Diese suchen die Kultur der Selbstständigkeit zu stärken, indem sie die Einstellungen zu und die Bedingungen für das Unternehmertum in ihrer Region verbessern. Die Politik tritt vor allem als Unterstützer und Förderer auf. Seine Schlagkraft erhält Startup Canada jedoch aus der Expertise und dem Engagement der beteiligten Unternehmer. Zwar kann die Mittelstandspolitik ein solches Engagement nicht verordnen, sie kann aber Impulse setzen. Hierzu gilt es, in offenen Diskussionsprozessen nach federführenden Akteuren zu suchen, die Finanzierung zu unterstützen und im stetigen Dialog mit der Unternehmer-Community an der Umsetzung der Initiative mitzuwirken.

Österreich: Betriebsshelfer für Unternehmen in Not

Der Ausfall eines Soloselbstständigen infolge von Krankheit, Schwangerschaft oder Unfall kann die Existenz eines Unternehmens gefährden. In Österreich stellen in diesen Fällen Betriebshilfevereine flexibel und kostenlos den betroffenen Unternehmen Betriebsshelfer zur Verfügung. Alternativ werden Kostenzuschüsse zum selbst organisierten Betriebsshelfer gewährt. Durch die passgenaue Bereitstellung von "Unternehmern auf Zeit" trägt die österreichische Wirtschaftspolitik dem Anstieg der Soloselbstständigkeit Rechnung, signalisiert Gründungsinteressierten schnelle Hilfe im Bedarfsfall und leistet einen Beitrag zur sozialen Absicherung von Kleinstunternehmern sowie zur Stärkung einer Kultur der Selbstständigkeit.

Estland: Bürokratieabbau mit Hilfe der Digitalisierung

Unter der Dachmarke e-Estonia stehen den Unternehmen über 2.400 e-Dienste zu Verfügung, mit deren Hilfe sie unter anderem Verwaltungsverfahren digital und ortsunabhängig abwickeln können. Auf diese Weise sinken die Transaktionskosten bürokratischer Regelungen. Zugleich schaffen solche positiven Anwendungsbeispiele der Digitalisierung und Cloud-Nutzung Vertrauen und setzen Innovationsimpulse für die



IT-Wirtschaft frei. Wenngleich das E-Government nicht im unmittelbaren Aufgabenbereich der Mittelstandspolitik liegt, sollte sie für die Notwendigkeit einer digitalen Verwaltung sensibilisieren, die Vorteile eines effektiven E-Government herausstellen und zur Implementierung digitaler Verwaltungsstrukturen motivieren.

Niederlande/Finnland: Digitale Bildung als Querschnittsaufgabe

In den Niederlanden und Finnland werden digitale Kompetenzen in der Schule vermittelt, wobei wirtschaftliche Belange Berücksichtigung finden: In den Niederlanden geschieht dies durch die Einbindung von Unternehmen und Wirtschaftsvertretern in einen ausführlichen Visionsprozess unter unabhängiger Leitung. Zudem tritt die Institution Kennisnet als Informations- und Wissensvermittler sowie als Koordinationsinstanz und Ansprechpartner auf, auch für bildungsferne Akteure. In Finnland wird durch projektbasiertes Lernen neben dem kritischen Umgang mit Information und Daten, ganzheitliches, anwendungsorientiertes und kreatives Denken sowie Kooperations- und Teamfähigkeit trainiert. Da es sich hierbei um typische unternehmerische Fähigkeiten handelt, stärkt diese Methode auch die Kultur der Selbstständigkeit. Für die Mittelstandspolitik bietet sich eine Verknüpfung mit den bestehenden Lernstrukturen der Entrepreneurship Education an.

Strategie- und konsensbasierte Vorgehensweise

Alle Good-Practice-Beispiele verdeutlichen, dass es bei komplexen, innovativen Politikmaßnahmen hilfreich ist, gemeinsam mit allen relevanten Stakeholdern eine Vision zu entwickeln und eine Umsetzungsstrategie zu erarbeiten. Stetige Überzeugungsarbeit, die Verwendung einer nationalen Dachmarke sowie begleitende (öffentlichkeitswirksame) Unterstützungsmaßnahmen sind wesentliche Elemente für den Umsetzungserfolg. Die Mittelstandspolitik sollte sich aber darüber im Klaren sein, dass solche Maßnahmen nur auf lange Sicht umfassende Wirkung zeigen.

Weitere Informationen

Holz, M.; Levering, B.; May-Strobl, E. et al. (2017): Neue Ansätze für die Mittelstandspolitik – Impulse von internationalen Good-Practice-Beispielen, in: IfM Bonn: IfM-Materialien Nr. 262, Bonn.

→ [zu den Ergebnissen der Studie](#)

Ansprechpartner

Michael Holz
Tel.: +49 228 7299760
E-Mail: [holz\(at\)ifm-bonn.org](mailto:holz(at)ifm-bonn.org)

Britta Levering
Tel.: +49 228 7299765
E-Mail: [levering\(at\)ifm-bonn.org](mailto:levering(at)ifm-bonn.org)

→ [Profil von Michael Holz](#)

→ [Profil von Britta Levering](#)